

Altersreform 2020 – heisse Debatte auch in der Unia:

Taugt der Ständerats-Kompromiss zur AHV?

Die Frühlingssession des Parlaments läuft. Im Zentrum: die Altersreform 2020. Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Nationalrat macht auf Kahlschlag. Sie will nicht «nur» das Frauenrentenalter auf 65 erhöhen, die Pensionskassenrenten senken, die AHV mit geringeren MWSt-Prozenten schwächen und die

Rentenlücken via die teuren, schwächelnden Pensionskassen kompensieren. Ausserdem will sie einen Automatismus, der ein generelles Rentenalter 67 ohne Volksabstimmung ermöglichen würde. Der Kompromiss des Ständerates dagegen, der massgeblich von SGB-Präsident Paul Rechsteiner geprägt wurde, will

unter anderem angemessene MWSt-Sätze, eine Kompensation des geringen Umwandlungssatzes in der Pensionskasse durch einen AHV-Zuschlag von 70 Franken (die Details auf www.workzeitung.ch). Darüber, ob der Kompromiss gut genug sei, gehen die Meinungen in den Gewerkschaften auseinander.

«Wann immer man an ihre Altersvorsorge rührt, erregt das den Ärger der Schweizerinnen und Schweizer. Ganz egal, ob dies mit allzu kühnen Forderungen nach Verbesserungen oder mit Leistungsabbau ohne Ausgleich geschieht. Die Reform 2020 hält genau die Mitte. Je nach Haltung hat diese Reform Mängel oder Vorteile. Am Ende werden alle Opfer bringen müssen. In Zeiten populistischer Verwirrung ist das nicht gerade attraktiv, um eine Mehrheit zu gewinnen.»

VERBESSERUNGEN. Die Frauen werden einen hohen Tribut für diese Reform bezahlen. Die 10. AHV-Revision hatte zwar die Erhöhung ihres Rentenalters auf 64 Jahre gebracht, aber hatte sie dank Ehegattensplitting und Erziehungsgutschriften auch von ihrer Rolle als Gattin und Mutter emanzipiert. Die Altersvorsorge 2020 ihrerseits behebt die krasse Ungleichheit zwischen Mann und Frau, indem sie unterbrochenen Berufskarrieren Rechnung trägt. Die Revision verbessert die Lage der Teilzeitarbeitenden und der Mehrfachbeschäftigten, in der grossen Mehrheit Frauen, denn sie versichert die tiefen Einkommen in der beruflichen Vorsorge besser und hebt die AHV-Rente um 70 Franken pro Monat an. Selbstverständlich kaschiert das nicht die Lohnungleichheit, gegen die wir weiter kämpfen müssen. Mit der Altersreform 2020 steigt für einen Arbeitnehmenden mit 4000 Franken Monatslohn die AHV-Rente um monatlich 70 Franken und die Pensionskassenrente – bei voller Beitragsdauer – um 120 Franken im Monat. Das kostet natürlich auch mehr Beiträge, doch die Hälfte der Kosten müssen die Arbeitgeber tragen. Dies ermöglicht Arbeitnehmenden dafür auch, sich bereits mit 64 Jahren pensionieren zu lassen, ohne dass die Rente im Vergleich zu heute kleiner ausfallen würde.

GEFÄHRLICHES SPIEL. Aber heute ein Referendum zu lancieren schwächt nicht nur die AHV. Wir würden auch auf die Verbesserungen für die tiefsten Einkommen, für die älteren Arbeitslosen, für Teilzeitarbeitende und alle mit untypischen Berufskarrieren verzichten. Ohne diese Reform würde der Umwandlungssatz weiter sinken, und die finanzielle Lage der AHV würde sich noch mehr verschlechtern. Dafür müssten die Arbeitenden mit einer stetigen Reduktion ihrer Renten bezahlen. **Die arrogante Mehrheit der neuen Rechten im Parlament freut sich jetzt schon über das Referendum. Sie will die Stärkung der AHV verhindern. Um jeden Preis.** Denn diese Leute wissen, dass die AHV ohne diese Reform in eine sehr schwierige Situation gerät und sie dann mit weit radikaleren Vorschlägen wie der Erhöhung des Rentenalters auf 67 (oder höher) antreten können. Spielen wir ihnen nicht in die Hände!»



ALESSANDRO PELIZZARI, Regioleiter Unia Genf

Nein

«Angst ist ein schlechter Ratgeber. Die AHV-Finzen stünden derart schlecht, dass bei Ablehnung des Ständerats-Deals zwangsläufig massive Leistungskürzungen folgten. «Es gibt keinen Plan B», sagen nicht etwa die üblichen Verdächtigen von Gewerbeverband bis FDP, sondern die Gewerkschaftspitzen unisono, um die Kröten zu rechtfertigen, die es zu schlucken gibt. Besser, als Angst zu schüren, wäre aber, genau hinzuschauen, worum es geht.»

KRÖTE NUMMER EINS: Die Erhöhung des Frauenrentenalters, mit dem ein Teil des Finanzierungsbedarfs gedeckt werden soll. Dass die Lebenserwartung steigt, bestreitet niemand. Aber haben wir nicht während der AHV-plus-Kampagne richtigerweise darauf hingewiesen, dass sich bisher alle Katastrophenszenarien des Bundesrats als falsch erwiesen haben? Und wenn: Die Unia-Frauen fordern zu Recht, dass eine Zusatzfinanzierung auch aus anderen Kassen stammen kann. Geld ist genug da. Überhaupt haben die Gewerkschafterinnen recht: **Am Frauenrentenalter wird nicht gerüttelt**, solange die Lohnungleichheit in der Schweiz zum Himmel schreit. Dazu liegt ein Kongressbeschluss vor. Und würden die Frauen endlich gleich wie die Männer oder überhaupt bezahlt, bekämen sie rund 11 Milliarden Franken mehr Lohn. Schon nur die Beiträge auf dieser Summe würden einen Teil der AHV-Finanzierung decken.

KRÖTE NUMMER ZWEI: Die Senkung des Umwandlungssatzes der zweiten Säule auf 6 Prozent, und dies, obwohl wir im Jahr 2010 eine Senkung auf 6,4 Prozent erfolgreich bachab schickten. Immerhin soll diesmal das Rentenniveau gesichert werden. Und zwar mit einer massiven Erhöhung der Beiträge.

«Jetzt sinken die Löhne», titelte der «Blick» mit Bezug auf die Entwicklung in vielen Pensionskassen. Das blüht uns auch mit dem Rentendeal: Die Kaufkraftentbusen werden unmittelbar und für alle spürbar sein, von der Rentenerhöhung (trotz 70 Franken mehr in der AHV) werden längst nicht alle profitieren. So muss bei 4000 Franken Lohn eine Frau 84 (!) Jahre alt werden, bevor sie zurückkriegt, was sie der Deal gekostet hat, ein Mann 76. Die Hälfte der Frauen und rund 40 Prozent der Männer, vor allem aus bescheidenen Schichten, sind dann aber schon tot.

Einen solchen Deal kampfflos zu akzeptieren, dies wäre eine gewerkschaftliche Niederlage. Auch bei der Unternehmenssteuerreform III hiess es, es gebe keinen Plan B. Nach gewonnener Schlacht muss das Parlament aber wieder über die Bücher, und zwar unter für uns günstigeren Vorzeichen. Denn Kräfteverhältnisse verschiebt man nicht nur im Parlament. Sondern ausserhalb, auf der Strasse, im Betrieb. Da, wo wir als Gewerkschaft hingehören.»

Ja



ALDO FERRARI, Unia-Geschäftsleitung



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE FRANZÖSISCHE TRAGÖDIE

Es war ein kalter Dezemberabend des Jahres 2011 in der Altstadt von Lyon (F). Der Bürgermeister der Stadt, der kluge, quicklebendige und fröhliche Arzt und Sozialist Gérard Colomb, hatte einige europäische linke Intellektuelle in das exzellente Traditionsrestaurant

Das französische Volk ist in Bewegung. Bis zu den Wahlen könnte ein Wunder geschehen.

Chez Léon eingeladen. Der Zweck des Abendessens: eine Diskussion, im Politjargon «Brainstorming» genannt, mit

François Hollande, dem eben gekürten Präsidentschaftskandidaten der Sozialistischen Partei. Umberto Eco, der Bestsellerautor (u. a. «Der Name der Rose») und Semiotikprofessor, war da, sarkastisch, immens gebildet, gutgelaunt, auch José Bové, der Chef der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, dazu Maler, Schriftsteller, Professoren.

HÖFLICHER BÜROKRAT. Die Atmosphäre war angenehm, die Weine waren hervorragend. Während kurzer Zeit hörte Hollande Eco und seinem Plan für die Wiederauferstehung der Aufklärung in Europa höflich zu. Dann versuchten Bové und ich, ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, in seine Wahlplattform den Kampf gegen den weltweiten Hunger als ein vorrangiges Ziel aufzunehmen.

Alles umsonst! Der sympathische, untersetzte, dickliche Hollande zeigte sich als Parteibürokrat ohne Visionen. Gegen Mitternacht gingen wir ziemlich zerknirscht in unsere Hotels zurück. Im Mai 2012 wurde Hollande gewählt. Und machte eine neoliberale, arbeiterfeindliche Politik, die ihm sein Wirtschaftsminister, der Rothschild-Banker Emmanuel Macron, entworfen hatte. Sie ruinierte die Glaubwürdigkeit seiner Regierung und der sozialistischen Idee für die nächsten zwei bis drei Generationen. Der Verrat Hollandes führte zu drei Millionen Arbeitslosen und seinem erzwungenen Verzicht auf eine erneute Kandidatur. Das ist einmalig in der Geschichte der fünften französischen Republik.

DIE DÜSTERE LAGE. Im kommenden Mai finden wieder Präsidentschaftswahlen statt. Einen Monat später wird das Parlament gewählt. Die Lage ist düster. Nach allen Umfragen macht der fremden- und europafeindliche Front national die höchste Stimmenzahl im ersten Wahlgang. Und wer liegt an zweiter Stelle und kommt damit in die Ausmarchung des zweiten Wahlgangs? Der Rothschild-Banker Emmanuel Macron. Der blasse Benoît Hamon, Kandidat der Sozialisten, und der grossartige unabhängige Marxist Jean-Luc Mélenchon liegen weit zurück. Da ist auch noch der Kandidat der vereinten Rechten, François Fillon. Er steht unter Verdacht, öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Die Justiz ermittelt.

Das beunruhigende Schauspiel der Nation des Jakobiners Maximilien de Robespierre und des Sozialisten Jean Jaurès soll uns jedoch nicht verzweifeln lassen. Frankreich ist die Wiege der Revolution von 1789 und der Kommune von 1871. Das Volk ist in Bewegung. Die Demonstrationen mehrten sich rasant. Bis zum Mai könnte noch ein Wunder geschehen. Und Mélenchon wird Präsident.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Ändere die Welt!», ist im März 2015 auf deutsch erschienen.